

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 15. Februar 21

Traktandenliste

1. Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler
2. Protokoll vom 19.10.2020
3. Wahl eines Vorstandsmitglieds
4. Abstimmungen vom 7. März 2021
 - ▶ Verhüllungsverbot
 - ▶ e-ID
 - ▶ Freihandelsabkommen mit Indonesien
5. Bericht aus der Fraktion
6. Verschiedenes und Umfrage

Anwesende Mitglieder (42):

Kurt Egger, Barbara Imholz, Jost Rüegg, Erika Hanhart, Franz Portmann, Veronika Portmann, Simon Vogel, Beni Braun, Isabelle Vonlanthen, Bernd Tappeser, Toni Kappeler, Didi Feuerle, Peter Dransfeld, Simone Reinhart, Sandra Reinhart, Ueli Keller, Mattias Kreier, Tobias Egloff, Philipp Chalakatevakis, Walter Kehl, Walter Lang, Jürg Engeli, Brigitta Hartmann, Michael Pöll, Karin Bétrisey, Klemens Bont, Priska Steiger, Tobias Egloff, Sandra Burkhalter, Martin Müller, Sven Blum, Isabella Stäheli, Marco Gambrioso, Jürg Joss, Raphael Zingg, Seraina Linsel, Matthis Müller, Heidi Heine, Cornelia Hauser, Isabelle Vonlanthen, Simon Weilenmann, Monika Baeriswyl.

1. Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler

Kurt Egger begrüsst die anwesenden Mitglieder online im Zoom-Meeting. Als Stimmenzähler werden Heidi Heine und Simon Vogel gewählt. Die Traktandenliste ist in Ordnung, es werden keine Änderungen oder Ergänzungen verlangt.

Kurt berichtet über den Workshop, der am letzten Samstag stattgefunden hat und darüber, dass wir zu den nächsten Wahlen vermutlich eine Initiative im Thurgau starten werden.

2. Protokoll vom 19.10.2020

Das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung vom 19.10.2020 wird ohne Änderungen genehmigt und Erika Hanhart verdankt

3. Wahl eines Vorstandsmitglieds

Der Vorstand schlägt Seraina Linsel zur Wahl in den Vorstand vor. Sie stellt sich kurz der Versammlung vor. Seraina kommt aus Ettenhausen, ist seit langem Mitglied der GRÜNEN und führt bereits seit ca. fünf Jahren im Auftrag von Kurt die Kasse. Mit der Wahl in den Vorstand kann Seraina Linsel nun auch offiziell Kassierin der Grünen Thurgau sein.

Seraina wird einstimmig in den Vorstand gewählt. Wir freuen uns sehr über die Wahl und eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

4. Abstimmungen vom 7. März 2021

▶ Verhüllungsverbot

Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot», Informationen von Barbara Imholz

Die Initiative macht unter dem Vorwand der Gleichstellung Stimmung gegen Muslim*innen und reiht sich damit ein in die rechts-populistische Strategie der Ausgrenzung. Ein Gesichtsverhüllungsverbot betrifft hauptsächlich muslimische Frauen, die einen Ganzkörperschleier (als Burka oder Nikab bezeichnet) tragen. Da dies in der Schweiz nur sehr wenige Frauen tun, schaffen die Initianten eine Problematik, die – wie bereits zuvor mit der Anti-Minarett-Initiative – es so in der Schweiz nicht gibt. Die Initiative ist ein Versuch, mit Symbolen Politik zu betreiben und auf eine diskriminierende Rhetorik zu setzen: Frauen werden instrumentalisiert, um Stereotype über den Islam zu fördern, Islamismus-Ängste zu schüren und letztlich die Grundrechte der ausländischen Bevölkerung zu untergraben.

Bereits heute ist es strafbar, jemanden zu zwingen, ein Kopftuch, einen Nikab oder eine Burka zu tragen. Artikel 181 des Strafgesetzbuches verbietet schon heute Nötigung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig NEIN ohne Enthaltungen

▶ e-ID

Referendum Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (e-ID), Informationen von Raphael Zingg

Die Herausgabe von Identifikationsmitteln – egal ob analog oder digital – ist eine staatliche Aufgabe. Sie darf nicht vollständig an private Unternehmen delegiert werden. Neben den privaten Angeboten muss mindestens eine staatlich herausgegebene digitale Identität als Alternative zur Verfügung stehen. Das vorliegende E-ID-Gesetz sieht das nicht vor. Wer eine digitale Identität will, muss ein privates Angebot nutzen. Das wollen die GRÜNEN verhindern. Die Bürger*innen sollen die Wahlfreiheit haben.

Die im E-ID-Gesetz vorgegebenen Prozesse folgen nicht dem Privacy-by-Design-Prinzip, das heisst sie sind überhaupt nicht datenschutzfreundlich angelegt. Eine clevere Lösung würde eine Systemarchitektur wählen, welche Daten dezentral speichert – stattdessen sieht das Gesetz vor, dass sowohl der Bund wie auch die IdP zentrale Datenbanken anlegen. Dies erhöht die Gefahr für Datenmissbrauch und -diebstahl massiv.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig NEIN bei einer Enthaltung

► Freihandelsabkommen mit Indonesien

Bundesbeschluss über das Freihandelsabkommen mit Indonesien, Informationen von Toni Kappeler

Das Abkommen enthält zwar als Neuerung gegenüber anderen Handelsabkommen allgemeine Bestimmungen zur nachhaltigen Entwicklung. Allerdings fehlen verbindliche Regeln für nachhaltiges Palmöl. Konkret verlangte eine von den GRÜNEN mitgetragene Minderheit im Nationalrat, dass nur nachhaltiges Palmöl Zollpräferenzen erhält und die Nachhaltigkeit kontrolliert wird. Diese Minderheit wurde abgelehnt.

Die Steigerung der Palmölimporte in die Schweiz kommt weder der lokalen Landwirtschaft zugute, die unter dem sozial- und Ökodumping leidet, noch den Konsument*innen, die nach nachhaltigen Produkten streben. Im Gegenteil, das Abkommen schreibt einen Handel fort, der die Umwelt, den Regenwald und die lokale Bevölkerung schädigt, deren Rechte regelmässig verletzt werden.

Das Kapitel über nachhaltige Entwicklung sieht auf dem Papier schön aus, bietet aber keine Garantien: Die verwendeten Zertifizierungen stehen stark in der Kritik, und es gibt weder Kontrollen noch Sanktionen. Auch ist dieses Kapitel von der Schiedsgerichtsordnung ausgenommen. Das heisst, dass die Nachhaltigkeitsstandards nicht einklagbar sind und somit nicht verbindlich durchgesetzt werden können.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig NEIN bei einer Enthaltung

5. Bericht aus der Fraktion

Unsere Fraktion ist grösser geworden, seit den letzten Wahlen ist sie von 9 auf 15 Mitglieder gewachsen und nun die viertgrösste im Kantonsrat. Durch diese Wahlen und den Rücktritt von Brigitta sind nun sieben neue Grüne dort vertreten. Anders als in den anderen Fraktionen können, dürfen und sollen sich die Neuen von Anfang an aktiv einbringen.

Momentan ist wohl die Arbeit in der Corona-Kommission für einen Bericht am interessantesten. Dort vertreten uns Isabelle Vonlanthen, die als Tierärztin die nötigen Sachkenntnisse mitbringt und Mathis Müller, der ebenfalls als Biologe und Naturwissenschaftler über eine entsprechende Expertise verfügt.

Diese Kommission ist erst auf Anregung der Grünen überhaupt entstanden, wurde aber rasch auch von den anderen Fraktionen begrüsst.

Isabelle berichtet vor allem aus der Arbeit der Kommission, welche die Härtefallentschädigungen und Corona-Kredite zum Thema hat.

Welche Betriebe sollen überhaupt Gelder bekommen? Da ging es einerseits um Begriffe und Definitionen, Umsatzverluste und Kredit oder A-fonds-perdu-Beiträge, andererseits ab welcher Betriebsgrösse überhaupt ein Anrecht auf Hilfe besteht. Hier konnte erreicht werden, dass die Mindestgrösse der Betriebe von 300 auf 100 Stellenprozent gesenkt wurde. So kommen nun auch kleine Unternehmen in den Genuss von Geldern.

Diese Anträge sind allerdings noch so kompliziert, dass sich, gemäss Beni Braun, die Gemeinden anbieten müssen den Kleinunternehmern bei den Anträgen zu helfen. Das kann es ja eigentlich nicht sein.

Schlussendlich sieht es so aus, dass sich die linke Seite des Parlaments für die Kleinunternehmer starkmachen muss, weil es der Gewerbeverband nicht tut. Sie haben offenbar eher ihre finanzstärkeren Mitglieder auf dem Schirm.

Zudem scheinen die Bürgerlichen Parteien enorme Angst vor Missbrauch zu haben. Anstatt jetzt schnell und unbürokratisch zu helfen werden die Unternehmer unter Generalverdacht gestellt. Bezeichnenderweise sind es gerade die "Steuervermeider" die solche Ängste haben.

Mathis Müller berichtet über die Planung und den Stand der Impfungen und der Tests im Thurgau.

Die Impf- und Teststrategie ist weitgehend unbestritten, zuerst werden vulnerable Personen und Risikogruppen geimpft, später folgt dann die restliche Bevölkerung. Angepeilt sind im Moment 1000 Impfungen pro Woche, im Impfzentrum in Frauenfeld und auf dem Impfschiff. Die Fragestunde mit Urs Martin hat keine Neuerungen ergeben, die Strategie ist weitgehend bekannt.

Die Logistik mit dem aktuellen Impfstoff ist schwierig (sehr tiefe Temperaturen) und kann nicht von den Arztpraxen garantiert werden. Sobald die Vektor-Impfstoffe zur Verfügung stehen wird auch von den Arztpraxen und später auch in den Apotheken geimpft werden können.

Rund 70% der Todesfälle ereigneten sich in den Alters- und Pflegeheimen, in Asyleinrichtungen gab es keinen Todesfall. Über Kündigungen des Pflegepersonals liegen keine Zahlen vor.

Tests in den Alten- und Pflegeeinrichtungen machen momentan nicht so viel Sinn, da sie jeweils eine Momentaufnahme darstellen und kurz darauf bereits wieder alles anders sein kann. Mit den Schnelltests sieht das dann viel besser aus.

An der Berufsschule in Weinfelden ist ein Massentest geplant um sich einen besseren Überblick zu verschaffen.

Störend empfinden es Isabella und Mathis auch, dass keine weiteren Termine der Corona-Kommission abgemacht wurden. Es sei nötig, hier bereits jetzt das weitere Vorgehen zu planen, zumal diese Termine ja auch von den Mitgliedern freigehalten werden müssen.

Offenbar hat Jakob Stark den Pandemieplan weitgehend ignoriert und lieber Ständeratswahlkampf gemacht, findet Walter Lang. Zudem sei es sehr störend, dass die Hausärzte momentan noch völlig aussen vor sind. Statt die alten Leute im Winter auf einem schwankenden Schiff zu impfen wären ambulante Termine in den Heimen sinnvoller gewesen.

Schulschliessungen, Maskenpflicht, Splitting im Präsenzunterricht, etc. geben ebenfalls zu reden. Cornelia Hauser stellt klar, dass die Schulpräsident*innen nicht die Kompetenz haben in Eigenregie so etwas zu entscheiden. Möglich wäre zwar viel, es muss aber mit Gegenwehr gerechnet werden. Auch über die Anschaffung von Luftfilteranlagen in den Klassenzimmern nicht. Das wäre zwar möglich aber eben auch sehr teuer.

Nach der ersten Welle wurde zu wenig geplant und aufgegleist und nun haben die Kantone keinen Plan. Mathis ist der Meinung, dass über Lockerungen erst nachgedacht werden sollte, wenn die Zahl der täglichen Neuinfektionen im Thurgau stabil unter 15 und in der Schweiz unter 500 ist. Sonst laufen wir in eine dritte Welle und das kann niemand wollen.

6. Verschiedenes und Umfrage

Heidi Heine informiert darüber, dass sie in Kontakt mit den Grünen Schweiz, genauer gesagt mit Regula Rytz, steht und zusammen mit Walter Kehl an einer Tagung zum Thema "Grüne Wirtschaft" arbeitet. Diese sollte diesen Sommer (vermutlich im Juni) in Arbon stattfinden.

Die nächste Mitgliederversammlung: 26. April 2021, hoffentlich wieder live – dann im Bezirk Weinfelden.